

BERLIN

Letzte Chance für die Hauptstadt

Das Ergebnis der Wiederholungswahlen in Berlin hat gezeigt, dass die Bürger die Nase voll haben von der Dysfunktionalität ihrer Stadt. Kommt die große Koalition von CDU und SPD zustande, bietet das auch die Chance, das Deutschland wieder eine richtige Hauptstadt bekommt



VON **WERNER
WEIDENFELD**

Die Hauptstadt des Staates ist in allen politischen Systemen ein Ort der Orientierung. Dort werden Themen initiiert und Aufgaben definiert. Dort sind die politischen Größen zu Hause, die drängende Problemlösungen andenken. So ist es von Washington bis Peking, von Paris, Rom und Madrid bis Moskau. Und so war es auch mit Bonn, von wo Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Theodor Heuss ihre Aura ausstrahlen ließen. Aber was fällt uns zu Berlin nach diversen Wahlen ein?

Eine generelle Beschreibung der deutschen Hauptstadt kann wohl nur

mit „Chaos und Frustration“ betitelt werden. Von der jüngsten Wahlwiederholung über das Verzögerungsdrama beim Flughafenbau bis hin zu Fragen der inneren Sicherheit wird bestenfalls Mitleid geweckt. Ob sie nun Franziska Giffey oder anders heißen – das aktuelle Personal erreicht lange nicht die alte Aura eines Richard von Weizsäcker, Hans-Jochen Vogel oder Willy Brandt.

Und da kommt zurzeit auch aus dem Bund keine Hilfe. Berlin ist eben auch ein Opfer strategischer Ratlosigkeit der gesamten politischen Klasse. Es liegt auf der Hand, dass in Berlin mit den tiefgreifenden Verliererprofilen kein neuer Aufbruch zu gestalten ist. Der Negativbazillus wirkt machtpolitisch auch auf die Bundesregierung.

Die Botschaft der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus ist eindeutig: Die Berliner wollen einen politischen Wechsel. Sie wollen Abschied nehmen von der permanenten Serie der Pannen, die nicht nur die innere Sicherheit gefährden, sondern sogar zur Wiederholung von Wahlen zwingen. Wer über diese Phänomene einen Film drehen muss, weiß nicht, ob daraus eine Tragödie oder eine Komödie zu formen ist. Jeder Versuch zu einem „Weiter so“ erscheint abwegig.

Die große Mehrheit der Wähler begründet die Wahlentscheidung mit der Enttäuschung und der Unzufriedenheit mit der jeweils bisher gewählten Partei. Vor diesem Hintergrund darf es nicht überraschen, dass den größten Zuwachs

FOTO: ANNETTE RIEDL/DPA PICTURE ALLIANCE

Nichtwähler hatten. Deren Zahl war größer als die Zahl der Wähler der SPD, der Grünen und der Linken zusammen. Als die Parteien keine angemessene, kreative Antwort auf dieses Desaster geben, kann es für das politische System wirklich gefährlich werden. Aufrechte Demokraten sollten den Berliner Parteien zurufen: „Lernen Sie dazu und machen Sie in den Wechsel auf!“ Berlin sollte wieder eine hochprofilerte und zeit ausstrahlende Hauptstadt werden. Stattdessen sind jedoch seit der Wahl einige Merkwürdigkeiten zu beobachten. Ironisch weisen die Analytiker darauf hin, das seien eben Verhältnisse wie in Entwicklungsländern. Es wird zwar gerufen, Berlin brauche massive Veränderungen, um dann aber im alten Trott weiterzuregieren – mit den alten Themen und den alten Ladenhütern.

Die „Zeitenwende“ wurde von Olaf Scholz vor rund 14 Monaten ausgerufen. Sofort kam die Frage: „Aber wohin?“ Bis heute blieb sie ohne Antwort. Und auch die Wahl in Berlin und ihre machtpolitischen Konsequenzen lieferten dazu keine Antwort. Die Fragen werden weiter gelächelt.

Lange Allee der Fragezeichen

Ein merkwürdiger Wahrnehmungsteppich hat sich über die Republik gelegt. Wo früher Zufriedenheit und Zuversicht dominierten, sind nun Verunsicherung und Angst zu registrieren. Das Unterfutter der Gesellschaft hat sich geändert. Es ist nicht mehr der Parteienstaat von vor 30 oder 40 Jahren. Die Megathemen bleiben ohne Antwort. Die Suche nach zuverlässigen Daten und Hinweisen zu Gegenwart und Zukunft des deutschen Parteienstaates bewegt sich durch eine lange Allee von Fragezeichen.

Nachdem in Berlin alle thematischen Details von allen demokratischen Parteien mit allen möglichen Kooperationspartnern besprochen waren – von den Radwegen über den Wohnungsbau, die Straßensperrungen, den Klimawandel, die wirtschaftliche Entwicklung bis hin zur inneren Sicherheit – ergab sich eine neue Machtperspektive: Franziska Giffey plädierte nun für eine Große Koalition aus CDU und SPD. Sie erhielt dafür Beifall seitens der CDU und von Teilen der SPD.

Damit könnte sich durchaus eine solide Zukunftsposition beider Parteien verbinden. Zwar muss Franziska Giffey ihr Amt als Regierende Bürgermeisterin damit aufgeben. Es geht in dieser Konstellation auf den CDU-Vorsitzenden Kai Wegner über. Aber damit verbunden ist ja nicht unbedingt der Absturz der SPD-Spitzenkandidatin in die völlige Bedeutungslosigkeit. Ganz im Gegenteil kann sie eine neue Schlüsselposition beanspruchen. Sie kann Senatorin mit einem oder zwei wichtigen Ressorts werden – gewissermaßen eine „zweite Regierende Bürgermeisterin“, eine Super-senatorin.

Wir erleben in Berlin erneut: Koalitionsverhandlungen erweisen sich immer als komplizierte Profilierungswettläufe. Es geht natürlich auch um Problemlösungen; aber in erster Linie geht es um Posten, geht es um Eitelkeiten, geht es um Macht. Koalitionsverhandlungen gehören zu den besonders harten Formen des Machtpokers.

Die Regierung sollte mit Persönlichkeiten von großer strategischer Qualität besetzt werden, jenseits der kleinen Karos

Der Gewinn für die CDU wäre nicht nur das Amt des Regierenden Bürgermeisters, sondern auch die Möglichkeit zur Blockade von Regierungsvorhaben im Bundesrat. So kann bei der CDU der bisherige Zustand matter Konfusion, der Zustand der Frustration weitgehend überwunden werden.

Beim neuen Auf- und Ausbau des Berliner Machtapparats wird man einiges erleben: Die bisherige organisierte Unzuständigkeit wird wohl nicht völlig verschwinden. Aber Franziska Giffey muss ihre natürliche Führungsbegabung zeigen, die sie bereits in den diversen politischen Spitzenämtern entwickeln konnte. Erfolg und Misserfolg des künftigen Senats werden so oder so von Giffey abhängen. Sie wird die Schlüsselfigur sein.

Franziska Giffey hat in der „Süddeutschen Zeitung“ auch etliche Erkennt-

nisse zur Zukunft des neuen Senats geäußert: „Die Grundlinien der Politik müssen stimmen. Die Berliner wollen vor allem, dass es in ihrer Stadt läuft. [...] Die Koalition muss beweisen, dass sie sich um die Transformation der Stadt kümmert. [...] Ordnung, Sicherheit, Sauberkeit. Die Stadt muss funktionieren. [...] Es gibt unter den Berlinern einen enormen Wunsch nach Veränderung. Vielleicht braucht es da einfach eine Kehrtwende.“ Und darum lobt sie auch den künftigen Regierenden Bürgermeister Kai Wegner: „Er hat ein sehr gutes Gespür für die Leute und für die Stimmungen in der Stadt. Er weiß, was die Menschen vor Ort bewegt. Da empfinden wir ähnlich.“

Gift des Opportunismus vermeiden

Bei alledem wird wohl auch hilfreich sein, dass auf der SPD-Seite einige erfahrene Politiker dabei sein werden, die bereits beim letzten rot-schwarzen Senat in Berlin erfolgreich dabei waren, so der ehemalige Finanzsenator Matthias Kollatz und der Parlamentarische Geschäftsführer Torsten Schneider. Gemeinsam können sie ein Gegenmittel gegen das Gift des Opportunismus entwickeln und einsetzen. Sie wissen: Vertrauen und Zuversicht sind die zwei Seiten derselben Medaille – und beide sind unverzichtbar.

Beobachter aus dem Ausland kommentieren die Ausgangssituation in Berlin trocken mit einem Wunschzettel: Die Bundeshauptstadt sollte personell und inhaltlich komplett neu komponiert werden. Die Regierung sollte mit Persönlichkeiten von großer strategischer Qualität besetzt werden, jenseits der kleinen Karos der Parteien.

Die neue Regierung der Stadt sollte die großen Schlüsselfragen der Zukunft beantworten. So wie es Richard von Weizsäcker und Willy Brandt taten, die ihren Mitbürgern eine echte Orientierung gaben – und damit eine politische Wirkung weit über das eigentlich bespielte lokalpolitische Areal hinaus entfalteten.

Was damals von Berlin ausging, war ein nationaler Aufbruchsmotor. Und so sollte es nun auch wieder werden. Berlin könnte dann als Hauptstadt wieder ein Ort mit großer nationaler Deutungsmacht werden. ■